25.07.2019

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

NIEDERSCHRIFT

über die 34. Sitzung des VKU-Leitausschusses Wasser/Abwasser

am 13. Juni 2019 in Leipzig

I. Teilnehmer an der Sitzung

1. Mitglieder

Jreisat (stellv. Vorsitzende)	Hessenwasser GmbH & Co. KG
Klinger, Dr.	ENTEGA Abwasserreinigung GmbH & Co. KG
Kunz	Wasserversorgung Ostsaar GmbH
Lehmkühler, Dr.	Wasserverband Oleftal
Petermann	Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Land Kreis Offenbach (ZWO)
Rauch	Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Freising-Süd
Reinhardt	Stadtwerke Radolfzell GmbH
Schaaf (stellv. Vorsitzender)	Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR
Schlomski	WSW Energie und Wasser AG
Schröder	Wasserverband Peine
Schwarze	Stadtwerke Pirna GmbH
Specht (Vorsitzender)	Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband
Stäbler	Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung
Theis	Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Wulf	Wupperverband KdöR

2. Ständige Gäste

Brüning	Deutscher Städte- und Gemeindebund
Niehues	DVGW Deutscher Verein des Gas- u. Wasserfaches e.V.

3. Gäste

Meyer, Dr.	Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Stegemann, MdB	Deutscher Bundestag, CDU/CSU-Fraktion

4. VKU

Abel
Ammermüller, Dr.
Fälsch
Steinbach
Seifert

DIE KOMMUNALEN UNTERNEHMEN

II. Tagesordnung

TOP 1 **Begrüßung**
BE: Specht | Theis | Dr. Meyer

TOP 2 **Genehmigung der Tagesordnung**
BE: Specht

TOP 3 **Genehmigung der Niederschrift über die 33. Sitzung des Leitausschusses Wasser/Abwasser am 14.02.2019 in Berlin**
BE: Specht

TOP 4 **Personalien**
BE: Specht

TOP 5 **Bericht des Ausschussvorsitzenden**
BE: Specht

TOP 6 **Bericht aus der Geschäftsstelle**
BE: Abel

TOP 7 **Novelle der Düngeverordnung**
BE: Albert Stegemann; MdB
Landwirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

TOP 8 **Interkommunale Zusammenarbeit und gleichwertige Lebensverhältnisse**
BE: Schröder | Ammermüller

TOP 9 **Klimawandel und kommunale Wasserwirtschaft**
BE: Seifert

TOP 10 **Abwasserabgabe**
BE: Fälsch

TOP 11 **Sonstiges**
BE: Specht

TOP 1 Begrüßung

Herr **Specht** begrüßt die Teilnehmer zur 34. Sitzung des VKU-Leitausschusses Wasser/Abwasser in Leipzig. Er kündigt Herrn Stegmann, MdB, als Gast zu TOP 7 an und begrüßt Herrn Brüning, der als Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindesbundes als ständiger Gast des Ausschusses berufen werden soll.

Herr Dr. **Meyer** begrüßt ebenfalls die Sitzungsteilnehmer und stellt kurz die Kommunalen Wasserwerke Leipzig vor. Seine Präsentation ist als Anlage beigefügt (*Anlage 1*).

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der 33. Sitzung des Leitausschusses Wasser/Abwasser am 14.02.2019 in Berlin

Herr **Specht** weist darauf hin, dass im Vorfeld der Sitzung keine Anmerkungen oder Änderungswünsche zur Niederschrift eingegangen sind.

Die Niederschrift zur 33. Sitzung des Leitausschusses Wasser/Abwasser am 14. Februar 2019 in Berlin wird einstimmig angenommen.

TOP 4 Personalien

Herr Brüning stellt sich den Leitausschussmitgliedern kurz vor. Er ist Referatsleiter Energiewirtschaft, Kommunalwirtschaft, Öffentliche Beihilfen, Ländlicher Raum, Bundeswehr und Katastrophenschutz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und folgt auf Herrn Elxnat, der ein neues Aufgabengebiet im DStGB übernommen hat.

Der Leitausschuss benennt Herrn Finn-Christopher Brüning einstimmig als Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes als seinen ständigen Gast.

TOP 5 Bericht des Ausschussvorsitzenden

Herr **Specht** berichtet zum aktuellen Stand der Gespräche zur Düngeverordnung. Demnach konnten Bund und Länder in der am Vortag stattfindenden Beratung mehrheitsfähige Einigungen erzielen. Herr Specht berichtet in diesem Zusammenhang über seine Teilnahme als VKU-Vizepräsident am sogenannten „Düngegipfel“ auf Einladung der Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner am 6. Juni 2019 in Berlin. Bei der Sitzung hat er nochmals deutlich gemacht, dass die vorgeschlagenen Regelungen aus Sicht der kommunalen Wasserwirtschaft nicht ausreichen und die Gefahr besteht, dass die heutigen grünen Gebiete morgen rote Gebiete werden. Die roten Gebiete müssten daher schnellstmöglich und mit entsprechenden Maßnahmen saniert, deutschlandweit ein transparentes Düngesystem mit digitaler Datenübermittlung implementiert und vor allem die darauf basierenden Kontrollen sichergestellt werden. Insbesondere für die Forderung nach einem transparenten Düngesystem gab es auch Zustimmung zahlreicher Bundesländer. Niedersachsen baut ein solcher System derzeit auf (ENNI: Elektronische Nährstoffmeldungen Niedersachsen).

Herr **Specht** berichtet über den Fortgang der Gespräche im Themenfeld Betreiberpartnerschaften: Die Zielländer sind identifiziert (Ukraine, Jordanien, Marokko und Sambia) und weitere Termine zur Anbahnung der Projektpartnerschaften im Juli und August geplant. Parallel werden von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) die administrativen Rahmenbedingungen erarbeitet, darin sind u. a. die Vollkosten bei den Personalkosten und Modalitäten zum Ausschreibeverfahren geklärt. VKU und German Water Partnership (GWP) haben eine strategische Partnerschaft festgelegt, die unter anderem die regelmäßige Einladung weiterer interessierter VKU-Mitglieder zu Netzwerktreffen vorsieht. Wichtig ist aus seiner Sicht, dass die Teilnahme an Betreiberpartnerschaften allen VKU-Mitgliedern, unabhängig von einer GWP-Mitgliedschaft, möglich ist.

Herr **Abel** ergänzt, dass die Innenministerkonferenz (IMK) parallel zur Leitauschusssitzung über die Frage der kommunalen Betätigung im Ausland berät. Er sagt zu, die Mitglieder über den IMK-Beschluss zu unterrichten, sobald er vorliegt. Des Weiteren informiert Herr Abel den Leitausschuss, dass Herr Jonas Wiggers zwischenzeitlich die Nachfolge von Frau Miriam Danne angetreten hat und als Ansprechpartner für die Betreiberpartnerschaften im VKU gerne zur Verfügung steht.

Der Leitausschuss bestätigt die positive Resonanz auf das kommunalwirtschaftliche Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit, betont aber die Notwendigkeit, dass die Pilotvorhaben bald starten sollten, da Arbeitgeber und interessierte Arbeitnehmer Planungssicherheit benötigen.

Herr **Specht** weist abschließend auf das VKU-Sommerfest am 25. Juni und die Festakt-Matinee zum 70-jährigen Bestehen des Verbandes in der Britischen Botschaft in Berlin am 26. Juni hin.

TOP 6 Bericht aus der Geschäftsstelle

Herr **Abel** unterrichtet die Ausschussmitglieder zum Stand der Planungen zur IFAT 2020 in München. Die Wasser- und die Abfallsparte im VKU werden dort zum ersten Mal mit einem Gemeinschaftsstand vertreten sein. Mitglieder, die Interesse haben Mitaussteller auf dem Stand zu sein, können sich bei der VKU Service GmbH melden. Sobald die weiteren Planungsdetails vorliegen, informiert Herr Abel den Leitauschuss.

Herr **Abel** weist weiterhin auf den Parlamentarischen Abend des VKU mit den neuen gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlamentes in Brüssel am 25. September 2019 hin. Eine Einladung hierzu erfolgt in Kürze.

Herr **Abel** berichtet zu aktuellen Schwerpunktthemen der Wasser- und Abwasserwirtschaft. Zum Umsatzsteuergesetz im Zusammenhang mit privatrechtlichen Entgelten beraten parallel zur Sitzung des Leitausschusses die Finanzminister der Länder. Über das Ergebnis dieser Beratung wird er die Ausschussmitglieder im Nachgang informieren.

Herr Abel berichtet weiterhin, anknüpfend an die Gremieninformation vom 21.05.2019 zur Zielsetzung und dem aktuellen Stand der Beratungen im Rahmen des „Nationalen Wasserdialoges“. Der VKU hat sich gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden mit einem Schreiben an die zu-

ständige Abteilungsleiterin im Bundesumweltministerium (BMU), Frau Dr. Dube, gewandt und zentrale Themen aus Sicht der kommunalen Wasserwirtschaft nochmals deutlich transportiert (s. Anlage). Es liegt bereits die Zusage des BMU vor, den Leitausschuss im Rahmen der nächsten Sitzung zum aktuellen Stand zu informieren. Am 11. Juni fand zudem ein verbändeübergreifender Austausch auf Ebene der Vizepräsidenten von VKU, BDEW, DVGW und DWA mit dem BMU statt.

TOP 7 Novelle der Düngeverordnung

Herr **Albert Stegemann**, MdB, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, berichtet zum aktuellen Stand der „Novelle der Düngeverordnung". Vor dem Hintergrund des Vertragsverletzungsverfahrens und drohender Strafzahlungen für Deutschland unterstreicht er die Notwendigkeit, wirksame Maßnahmen zur Reduzierung des Nitrateintrags zu ergreifen. Hier hat es seiner Ansicht nach deutliche Versäumnisse in der Vergangenheit gegeben, die zur jetzigen Situation geführt haben. Er begrüßt daher die Einigung zwischen Bundeslandwirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium auf gemeinsame Vorschläge, die nunmehr nach Brüssel gesendet werden. Gleichzeitig wirbt er für ein konstruktives Miteinander von kommunaler Wasserwirtschaft und Landwirtschaft, um die Probleme vor Ort im Dialog anzugehen.

Der Leitausschuss diskutiert intensiv über die aktuellen Herausforderungen der kommunalen Wasserwirtschaft im Hinblick auf die Folgen der landwirtschaftlichen Praxis auf die Qualität der Wasserressourcen. Wichtig ist nach Auffassung des Ausschusses ein konstruktives Miteinander vor Ort und die entsprechende Akzeptanz für die erforderlichen Maßnahmen. Als problematisch werden z.B. die Gülleimporte aus dem Ausland, die ungenügenden Regelungen zu Sperrfristen sowie die Förderpraxis für Güllelagerstätten gesehen. Auch die freiwilligen Kooperationen zwischen Wasserwirtschaft und Landwirtschaft werden intensiv diskutiert. Der Leitausschuss plädiert dafür, die ökologische Landbewirtschaftung in Trinkwassergewinnungsgebieten stärker zu fördern, um die Nitrateinträge wirksamer zu reduzieren.

TOP 8 Interkommunale Zusammenarbeit und gleichwertige Lebensverhältnisse

Herr **Schröder** stellt das Projekt „Abwasser Solidar" des Wasserverbandes Peine vor (siehe Anlage 2). Die Praxiserfahrungen des Wasserverbandes Peine haben den Impuls für den Vorschlag einer „Startprämie" zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit im ländlichen Raum gegeben, den der VKU erfolgreich in die Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse" eingebracht hat. Der Vorschlag greift den Handlungsbedarf auf, der von Zweckverbänden insbesondere aus Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein gespiegelt wurde.

Anknüpfend an die Ausführungen von Herrn Schröder erläutert Frau **Dr. Ammermüller** das Konzept der „Startprämie: Land hilft Land – für sichere und bezahlbare Dienstleistungen der Wasserwirtschaft im ländlichen Raum". Sie informiert die Sitzungsteilnehmer über den aktuellen Stand der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse" sowie die begleitenden VKU-Aktivitäten (siehe Anlage 3).

TOP 9 Klimawandel und kommunale Wasserwirtschaft

Herr **Seifert** stellt den Entwurf des Positionspapiers „Klimaanpassung und kommunale Wasserwirtschaft“ vor (Präsentation siehe Anlage 4). Unter dem Eindruck des Dürrejahres 2018 und des anhaltenden Niederschlagsdefizits in einigen Regionen Deutschlands sowie den gleichzeitig zunehmenden Starkregenereignissen hat der Arbeitskreis Umwelt das Positionspapier erarbeitet. Es richtet sich an die Politik.

Der Leitausschuss diskutiert intensiv über die erforderlichen Maßnahmen zur Klimaanpassung im Rahmen der vier Handlungsfelder des Papieres. Er bittet darum, dass in dem Papier noch deutlicher politische Forderungen formuliert werden.

Die Hauptgeschäftsstelle wird gebeten, das Papier anhand der Diskussionsergebnisse an einzelnen Stellen anzupassen und dem Ausschuss im Umlaufverfahren zur abschließenden Beschlussfassung nochmals zuzuleiten.

TOP 10 Abwasserabgabe

Herr **Fälsch** berichtet den Ausschussmitgliedern zur anstehenden Reform der Abwasserabgabe. In seiner 32. Sitzung in Peine hat der Leitausschuss ein Positionspapier beschlossen, das wesentliche Eckpunkte für eine umfassende Reform der Abwasserabgabe zusammenfasst. Damit der VKU die Positionen der kommunalen Abwasserentsorger im nun anstehenden Reformprozess mit aktuellen Daten der VKU-Abwassermitglieder untersetzen kann, hat der VKU im Mai eine Umfrage durchgeführt, an der sich knapp 100 Unternehmen beteiligt haben. Die Kernergebnisse der Umfrage stellt Herr Fälsch den Mitgliedern vor (siehe Anlage 5). Die Mehrzahl der befragten Mitglieder spricht sich für die Einführung einer optionalen Messlösung unter bestimmten Voraussetzungen und die Neuausrichtung der Verrechnungstatbestände aus. Mit der Befragung erhält der VKU ein breites Bild über die aktuelle Praxis bei der Veranlagung der Abwasserabgabe und die Präferenzen der Abwasserentsorger für eine zukünftige, praktikable Ausgestaltung. Die umfassende Auswertung der Befragungsergebnisse wird dem Leitausschuss zugeschickt.

TOP 11 Sonstiges 2019

Die 35. Sitzung findet am 17./18. Oktober 2019 auf Einladung von Frau Dr. Klinger in Darmstadt statt.

Karsten Specht	Thomas Abel
Vorsitzender des Leitausschusses	Geschäftsführer
Wasser/Abwasser	Wasser/Abwasser und Telekommunikation

Kurzvorstellung Leipziger Wasserwerke - Herausforderungen und Arbeitsschwerpunkte

34. Sitzung VKU-Leitausschuss Wasser/Abwasser
13.06.2019

Dr. Ulrich Meyer
Technischer Geschäftsführer

Leipziger Wasserwerke

Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Leipzig und Umland

Anlagen und Netze:
- 6.407 km Leitungsnetz
- 5 Wasserwerke
- 23 Kläranlagen
- 379 Anlagen zur Abwasserbehandlung

Versorgung Trinkwasser:
- 694.400 EW
- 37,5 Mio. m³/a

Entsorgung Abwasser:
- 662.100 EW
- 35,6 Mio. m³/a

Kennzahlen (2018):
- Jahresumsatz: 156,2 Mio. €
- Bilanzsumme: 1.045,1 Mio. €
- Ergebnis: 46,2 Mio. €
- Investitionen: 57,7 Mio. €

Mitarbeiter:
- 576 Mitarbeiter bei den Leipziger Wasserwerken
- 826 Mitarbeiter in der Leipziger Wasserwerke Gruppe

Leipziger Wasserwerke

Steigende wasserwirtschaftliche Anforderungen bei wachsender Stadt/Region

Versorgungssicherheit und TW-Qualität

Anpassung Systeme an demographische Entwicklung

Notversorgung im Katastrophenfall/ Resilienz des Systems

Trinkwasserversorgung

Hoher Investitionsbedarf durch Alter und Zustand der Anlagen und Netze

Klimaschutz, Anforderungen an Energieeffizienz

Digitalisierung - Wasserwirtschaft 4.0

IT-Sicherheit

Abwasserentsorgung

Stadtentwicklung / Bevölkerungswachst.

Klimawandel und Starkregenereignisse

Anforderungen an Hydraulik und Schmutzfrachten/ Gewässerqualität

Hohe Bedeutung integrative Lösungen

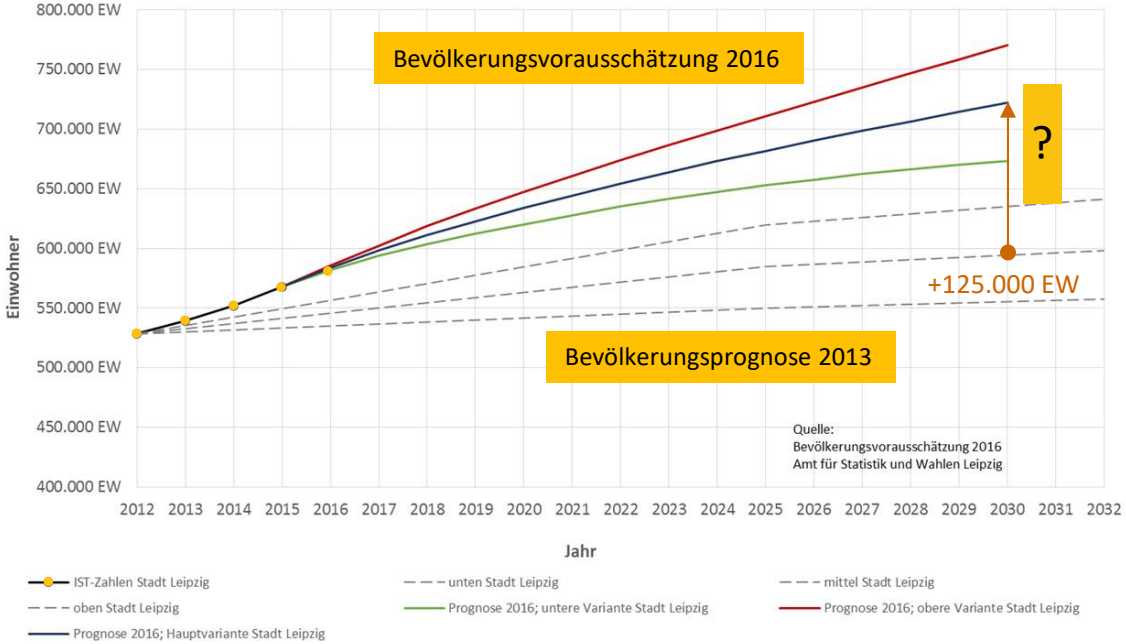
Vorbeugender Ressourcenschutz (Belastung mit z.B. Nitrat, prioritäre Stoffe)

Kommunale Strategien zur Klärschlammentsorgung- Phosphor–Rückgewinnung

Ausbau und Modernisierung Klärwerke – Vierte Reinigungsstufe für prioritäre Stoffe?

Leipziger Wasserwerke

Veränderte Bevölkerungsdynamik wirkt sich auf die wasserwirtschaftlichen Zukunftskonzepte aus



- Dynamische Einwohnerentwicklung in den letzten Jahren
- 10.-15.000 EW/Jahr Zuwachs!

Auswirkungen:

- Ausbaukonzept Klärwerk Rosental (Reihenfolge, Interimsmaßnahmen)
- Trinkwasserkonzept (Bedarf, Wasserbilanzen, Redundanzen)
- Ausbau und Sanierung Kanalnetz (zunehmende Versiegelung, Regenwassermanagement, Hydraulik)

Leipziger Wasserwerke

Aktuelle Arbeits- und Strategieschwerpunkte
- Übersicht und Beispiele von konkreten Maßnahmen/Projekten

Entwicklungs- und Sanierungskonzepte für die Netze und Anlagen (Zeithorizont 20 Jahre)

- Zukunftskonzept Wasserversorgung 2030
- Konzept Trinkwasser-Flächennetz
- Ausbaukonzept Klärwerk Rosental
- Kanalsanierungsprogramm
- Mischwasserbehandlung GEP 2030

Effiziente Prozesse und Abläufe im Betrieb und im Anlagenmanagement

- Einführung Kennzahlensystem
- TSM, Informationssicherheit DIN ISO 27001
- Energiemanagement DIN ISO 50001
- Weiterentwicklung Asset-Management-Prozesse
- Befahrungs- und Bewertungskonzept Kanal
- Kanalnetzsteuerung 2.0
- Einführung On-Line-Kundenportal und digitale Wasserzähler

Leipziger Wasserwerke

Aktuelle Arbeits- und Strategieschwerpunkte
- Übersicht und Beispiele von konkreten Maßnahmen/Projekten

Innovation und Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene

- Regenwassermanagement/Starkregenprojekt
- Innovative Quartierslösungen/Smart City Ansätze
- Ausweitung vorbeugender Ressourcenschutz
- Technologien (P-Recycling, 4-te Reinigungsstufe)
- Klärschlammstrategie / komm. Zusammenarbeit

Entwicklung und Umsetzung Digitalisierungsstrategie

- Modernisierungskonzept Automatisierung
- Digitale Initiativen Betrieb / Anlagenmanagement
- Urbane Datenplattform / Geodatendrehscheibe

Personalentwicklung und Personalstrategie

- Integriertes, langfristiges Personalkonzept
- Qualifikation der Mitarbeiter
- Verstärkte Zusammenarbeit im Stadtkonzern
- Erprobung neue Arbeitsformen

Leipziger Wasserwerke

Wichtige Faktoren zur Sicherung einer zukunftsfähigen Wasserwirtschaft in der Region Leipzig- Zusammenfassung

- Durch die wasserwirtschaftlichen Herausforderungen und die wachsende Region gewinnen **langfristig angelegte und nachhaltige Entwicklungskonzepte** für unsere Infrastrukturen zunehmend an Bedeutung
- Herausforderungen können nur gemeistert werden, wenn kontinuierlich an der **Verbesserung von Abläufen und Prozessen** gearbeitet wird – Erfahrungsaustausch mit anderen Betreibern wichtig
- **Digitalisierung und Innovationen** bieten die Chance, einen wesentlichen Beitrag dazu zu leisten. Fokus auf diese Themen daher zunehmend wichtiger
- **Zusammenarbeit mit anderen Akteuren** im kommunalen Umfeld wird zukünftig eine noch größere Rolle spielen (Stadtplanung, Energiewirtschaft, Landwirtschaft …)
- Nicht zuletzt werden gut **qualifizierte und motivierte Mitarbeiter** mehr denn je zum entscheidenden Erfolgsfaktor

Leipziger Wasserwerke

VKU Verband kommunaler Unternehmen e.V.
Invalidenstraße 91
10115 Berlin
Tel.:+49 30 58580-150
abel@vku.de

Deutscher Städtetag
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Tel.: +49 30 37711 600
detlef.raphael@staedtetag.de

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstraße 6
12207 Berlin
Tel.: +49 30 77307 206
timm.fuchs@dstgb.de

Frau Ministerialdirektorin
Dr. Regina Dube
Leiterin Abteilung WR
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Nationaler Wasserdialog 05.06.2019

Sehr geehrte Frau Dr. Dube,

nochmals herzlichen Dank für die Initiierung des Nationalen Wasserdialogs und die damit geschaffene Möglichkeit, vor dem Hintergrund sich stark verändernder Rahmenbedingungen in einem offenen Austausch der unterschiedlichen Interessen die für die Wasserwirtschaft mittel- und langfristig essentiellen Punkte zu diskutieren. Insbesondere mit Blick darauf, dass die in den Dialog eingebrachten Positionen eine Grundlage für die Formulierung der zukünftigen Wasserstrategie Ihres Hauses sein sollen, beziehen wir gerne mit diesem Schreiben zusätzlich Stellung. Aus Sicht der Kommunen und der kommunalen Wasserwirtschaft sind folgende Punkte von übergeordneter und daher zentraler Bedeutung:

Die Wasserver- und Abwasserentsorgung sind **Kernleistungen kommunaler Daseinsvorsorge**. Die Schaffung und Anpassung der notwendigen Struktur obliegt grundsätzlich den Kommunen vor Ort. Befragungen der Bürgerinnen und Bürger belegen regelmäßig durch eindrucksvolle Zahlen die Zustimmung zu diesem **Organisationsmodell**. Auch eine durch demographische Entwicklungen und die Herausforderungen des Klimawandels stärker in den Vordergrund tretende überörtliche Konzeptionierung und Planung der Nutzung der Wasserressourcen, z. B. durch Landeswasserkonzepte, darf daher dieses Modell nicht beeinträchtigen. Statt wie in der Vergangenheit gelegentlich geschehen, sollten nicht vermeintlich optimale Strukturen zentral entwickelt, sondern eher die kommunale Ebene bei der Anpassung von eigenen Strukturen gestärkt werden. Die Erweiterung der Planungskapazitäten in den Kommunen durch eine stärkere Personalausstattung ist hierfür zwingend erforderlich. Schon heute sind die zuständigen Behörden in den Kommunen dramatisch unterbesetzt.

Die zukünftige Wasserstrategie muss nochmals deutlich die Frage beantworten, auf welches Modell wir beim **Schutz der Ressourcen** für die Trinkwasserversorgung setzen. Sind dies mehr und mehr technische Lösungen der Wasseraufbereitung und des Ausbaus von Kläranlagen mit allen daraus folgenden strukturellen Veränderungen der Wasserwirtschaft sowie insbesondere finanziellen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger, oder stärken wir das Vorsorge- und das Verursacherprinzip und setzen damit die notwendigen Anreize für den Schutz der Ressourcen? Die grundsätzliche Interessenabwägung für den Schutz der Ressource fällt sicherlich leicht, aber sie muss sich deutlicher als bisher in den konkreten politischen Entscheidungen und getroffenen Regelungen niederschlagen. Hier sehen wir Ihr Haus als Sachwalter der Wasserwirtschaft.

Die Trinkwasserversorgung muss vor dem Hintergrund wachsender **Nutzungs-konkurrenzen** um die Ressource Wasser auch in Zukunft sowohl mit Blick auf die Qualität als auch auf die Quantität sichergestellt werden. Dafür wird es notwendig, der im Wasserhaushaltsgesetz angelegten Interessenabwägung zugunsten der öffentlichen Trinkwasserversorgung gegenüber anderen Nutzungen bei konkreten behördlichen Entscheidungen wieder sehr viel stärker Geltung zu verschaffen, notfalls durch eine gesetzliche Nachschärfung. Genauso gilt es die Voraussetzungen einer funktionierenden Abwasserentsorgung auch in diesem Zusammenhang sicherzustellen.

Die **Infrastruktur** der Wasserver- und Abwasserentsorgung stellt einen erheblichen Vermögenswert der Bürgerinnen und Bürger dar, quasi einen Schatz unter der Straße. Dieser wurde durch Entgelte und öffentliche Fördermittel geschaffen. Diese Infrastruktur steht unter Druck durch die notwendige Erneuerung, den demographischen Wandel und die Anpassung an den Klimawandel. Um sie weiterhin zukunftsfest auszugestalten und die Leistungen trotzdem bezahlbar zu halten, braucht es ein breites gesellschaftliches Bekenntnis zur Stärkung lokaler Infrastruktur, über die Kommunen und die kommunale Wasserwirtschaft hinaus.

Gerne vertiefen wir diese Punkte in den bereits vereinbarten Gesprächsterminen mit Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Detlef Raphael Beigeordneter des Deutschen Städtetages	Timm Fuchs Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes	Thomas Abel Geschäftsführer Wasser/Abwasser und Telekommunikation des Verbandes kommunaler Unternehmen

WV Peine
Wasserverband Peine

34. Sitzung des VKU-Leitausschusses
Wasser/Abwasser

TOP 8:
Einführung Solidarischer Abwasserpreise beim Wasserverband Peine

13. Juni 2019

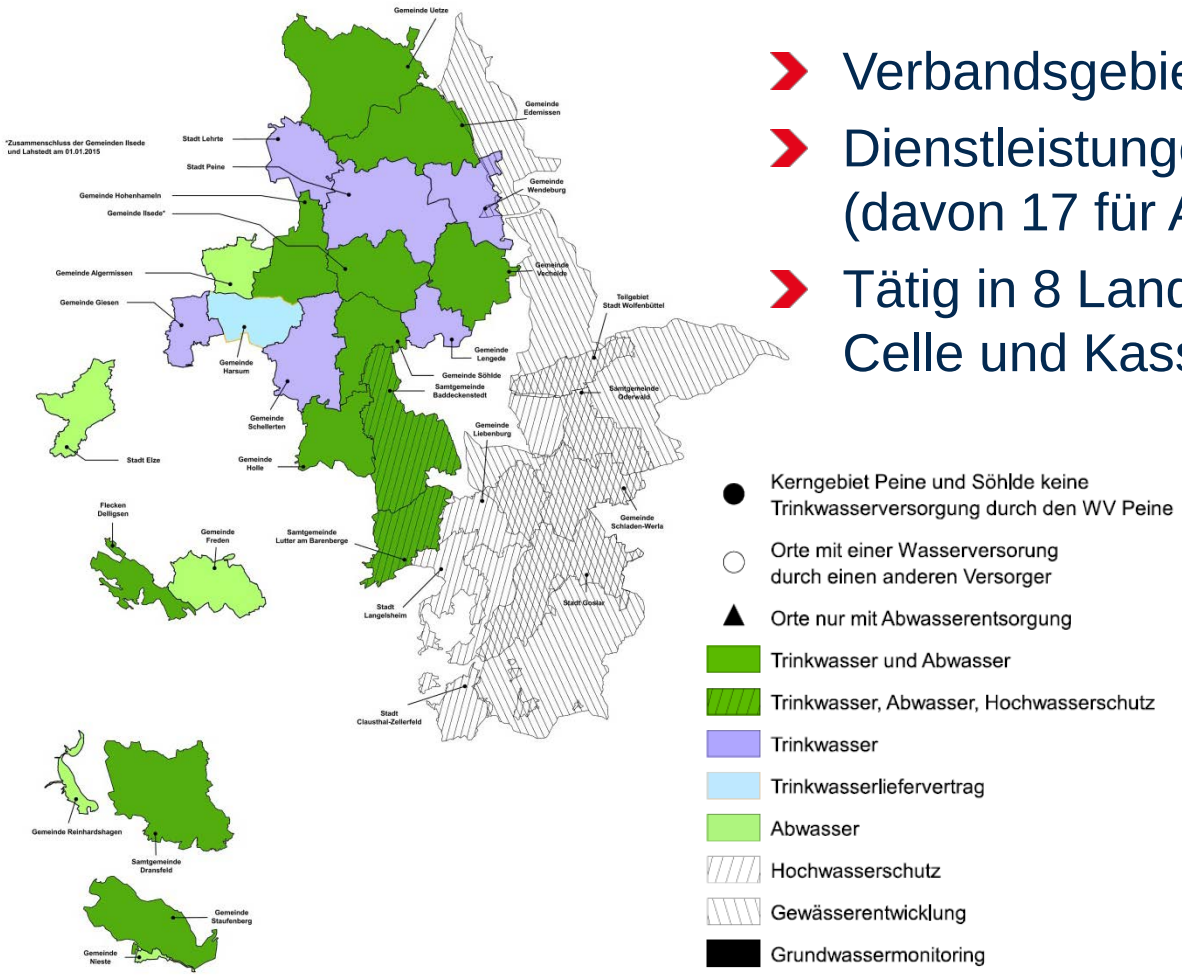
Dipl.-Ing. (FH) Olaf Schröder
Geschäftsführer Wasserverband Peine

WV Peine
Wasserverband Peine

Agenda

- Kennzahlen des Verbandes
- Grundlagen solidarischer Abwasserpreise
  - Strukturdaten
  - Chancen / Risiken
  - Das Modell
- Zustandsbewertung der abwassertechnischen Anlagen des WV Peine
- Was kann die Solidargemeinschaft leisten?

Das heutige Verbandsgebiet



- Verbandsgebiet rd. 2.000 km²
- Dienstleistungen für 31 Kommunen (davon 17 für Abwasser)
- Tätig in 8 Landkreisen zwischen Celle und Kassel

WV Peine
Wasserverband Peine

Kennzahlen des Verbandes

Kaufmännisch

- Bilanzsumme: 503 Mio. €
- Anlagevermögen: 490,3 Mio. €
- Umsatzerlöse: 57,3 Mio. €
- Investitionen: 54,6 Mio. €
- Personalaufwand 11,5 Mio. €
- 195 Vollzeitstellen

Technisch

- Trinkwasser
  - 45 Gewinnungsanlagen
  - 43 Behälter
  - 69.174 Hausanschlüsse
  - 3.249 km Rohrnetz
  - 12,8 Mio. m³ Dargebot
- Abwasser
  - 29 Kläranlagen
  - 294 Pumpwerke
  - 1.869 km Kanalnetz
  - 6,5 Mio. m³ behandelt

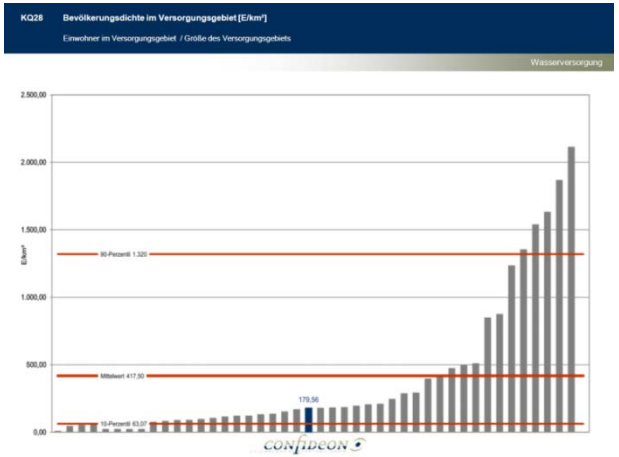
WV Peine
Wasserverband Peine

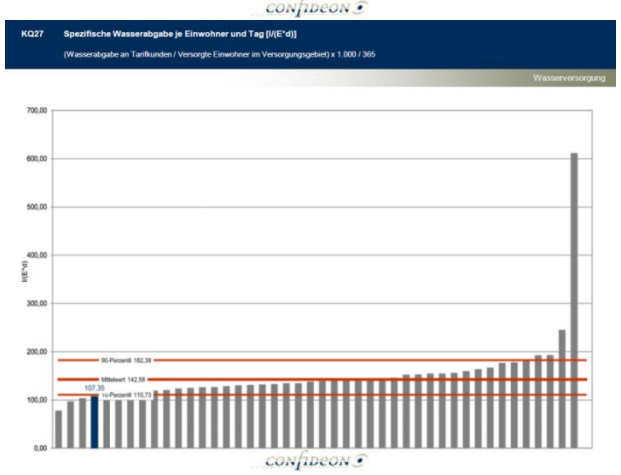
Grundlagen solidarischer Abwasserpreise

Dipl.-Ing. (FH) Olaf Schröder

Strukturdaten WV Peine

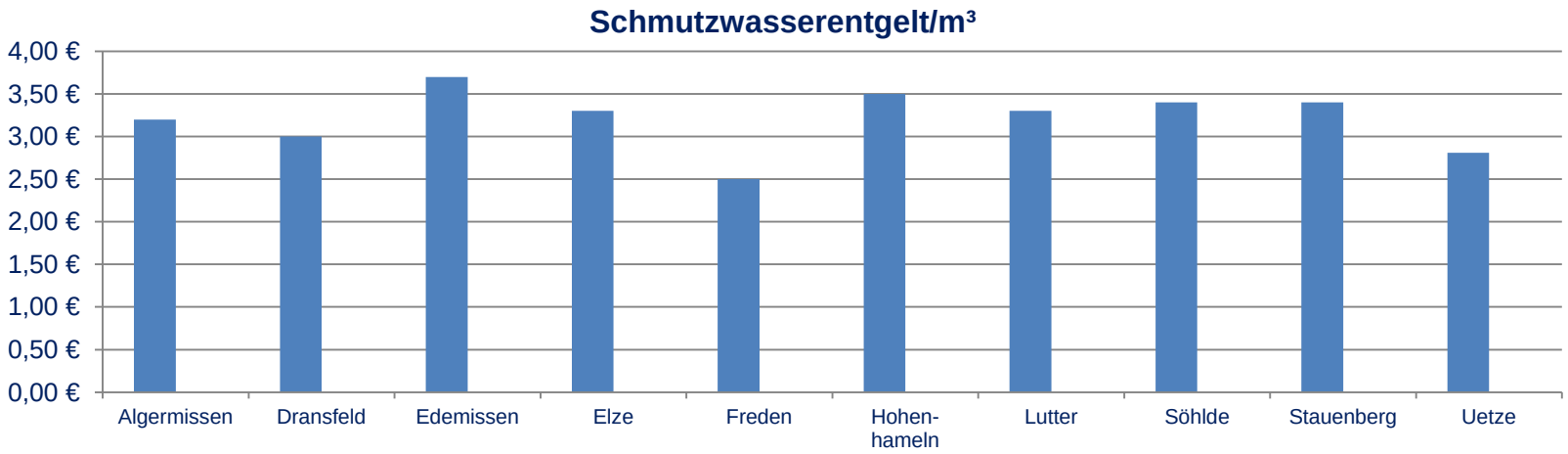
- Ländlicher Raum
- 29 Kläranlagen
  von 100 EW bis 36.000 EW
- Trenn- und Mischkanalisation
- Überwiegend häusliches Abwasser
- Ähnliche Netzstruktur
  (Anschlussgrad und -dichte)
- Unterdurchschnittlicher
  Wasserverbrauch
- Vergleichbare Preisstruktur
  (Grund- / Arbeitspreis, Entgelttrennung)

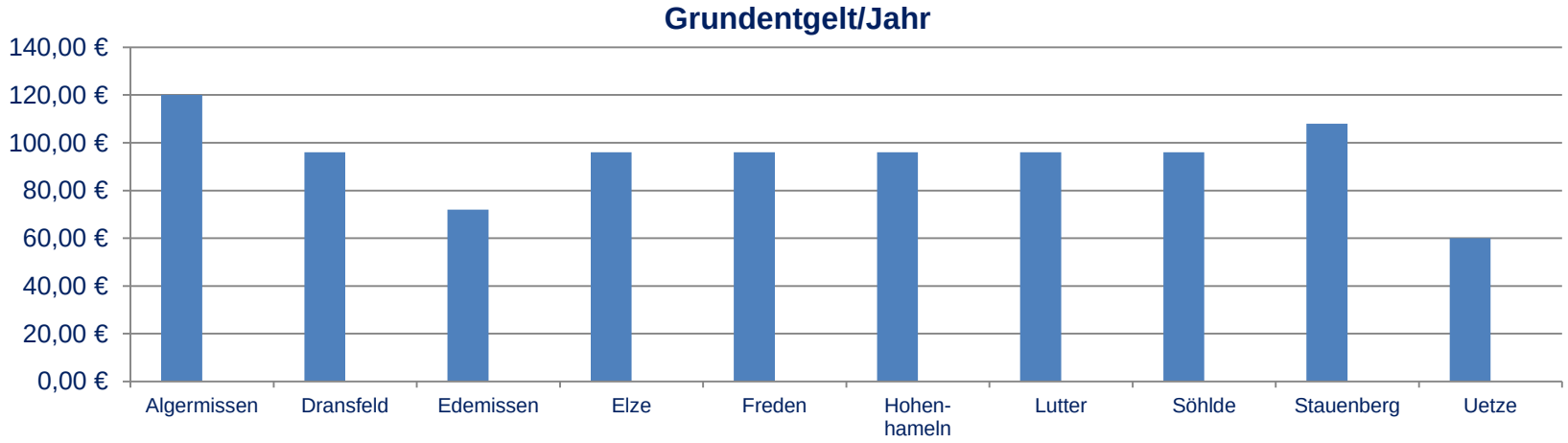




Die Struktur ist vergleichbar!

Vergleichbare Preisstruktur vor Abwasser Solidar





Herausforderungen der Abwasserentsorgung

Betrieblich

- Nutzungsdichte
- Kleinteiligkeit
- Dezentralität
- Infrastrukturerhalt
- Investitionsdruck
- Systemträgheit
- Innovationsfähigkeit
- Hohe spezifische Kosten

Politisch

- 4. Reinigungsstufe
  - Elimination Arzneimittelrückstände
  - Elimination Mikroplastik
- Mulitresistente Keime
- Klärschlammverwertung
  - Monoverbrennung
  - Phosphorrückgewinnung
- End-of-pipe Lösungen

Chancen / Risiken
Abwasser Solidar

Chancen

- Verteilung der Kostenrisiken
- Preisstabilität stärken
- Effizienter Overhead
- Steigerung der Unternehmensattraktivität
- Gremienverantwortung stärken
- Entwicklung des ländlichen Raumes sichern

Risiken

- Unterschiedliche Entwicklungsperspektiven
- Individuelles Profil der Kommunen
- Subventionierung einzelner Kommunen
- Kritischer gesellschaftlicher Dialog
- Investitionspolitik

Solidarsysteme müssen langfristig bewertet werden!

Rahmenbedingungen
Unser Modell

- Kommunale Vermögensverhältnisse bleiben erhalten
- Gleichbehandlung aller Solidarkommunen
- Prinzip der Freiwilligkeit
- Vergleichbarer technischer Zustand der Abwasseranlagen
- Einvernehmen über Investitionen innerhalb einer Gemeinschaft
- Bindefrist bei Beitritt in Solidargemeinschaft
- Erweiterung der Solidargemeinschaft möglich
- Einheitlichkeit
  - Entgelte für Schmutz- und Niederschlagswasser, Grundpreis
  - Berechnung der Baukostenzuschüsse
  - Berechnung der Straßenentwässerungsgebühr
  - Aufwendungen und Erlöse fließen in die Solidargemeinschaft (keine Differenzierung auf einzelne Mitglieder)

Rahmenbedingungen – Unser Modell

- Integrationszeitraum: 5 Jahre
  - dient der Vereinheitlichung der Preise zu einem gemeinsamen & kostendeckenden Preis
- Erfahrungen aus der Trinkwasserversorgung nutzen!

5 Jahre Integrationsphase (01.01.2019 bis 31.12.2023)

5 Jahre Solidarphase (01.01.2024 bis 31.12.2028)

Möglicher Austritt aus Solidargemeinschaft (Kündigungsfrist 5 Jahre zum 31.12.)

WV Peine
Wasserverband Peine

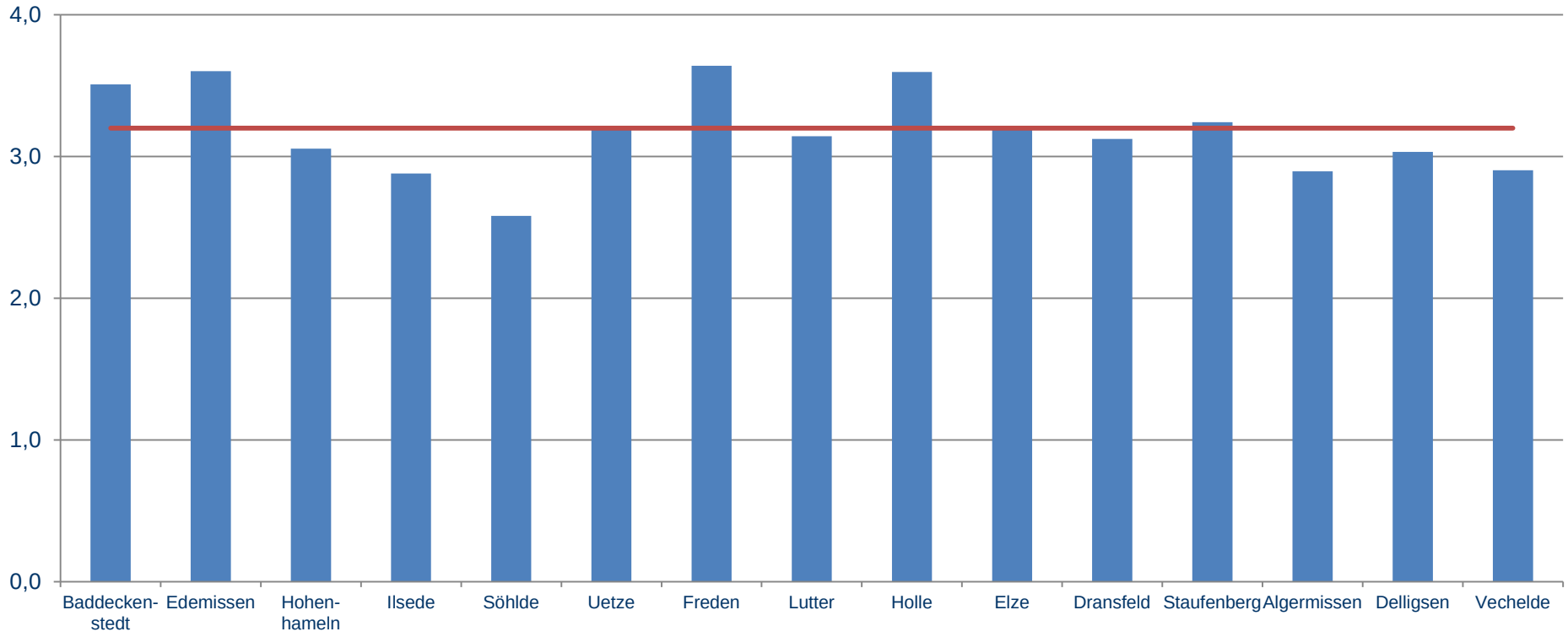
Zustandsbewertung der abwassertechnischen Anlagen des WV Peine

Dipl.-Ing. (FH) Olaf Schröder

Methodik

- Festlegung eines einheitlichen Bewertungssystemsystem
  - für aktuellen Zustand der abwassertechnischen Anlagen
  - für alle Geschäftsbereiche
- Bewertung Kanalnetz erfolgt nach Zustandsklassen (ZK 0-5)
  - Datengrundlage: 10% des Kanalnetzes (Kanalsanierungsstrategie)
  - Baujahr, Nennweite, Material und Netzkenntnisse des Betriebes
- Schaffung von anlagenbezogenen Unterkriterien
  - Kläranlage besteht aus 9 Baugruppen (z.B. Zulauf, Biologie, Bausubtanz, etc.)
- Bewertung mit Schulnoten für die Beurteilung zum Erreichen des „WV Peine-Standards“
  - Angestrebt wird für alle Bereiche die Note 3
- Der „WV Peine-Standard“ gründet sich auf dem DWA-Regelwerk
  - rd. 300 Arbeitsblätter und Merkblätter sowie empirische Erfahrungen

Das Ergebnis der Gesamtnoten Zustandsbewertung der abwassertechnischen Anlagen



WV Peine
Wasserverband Peine

Was kann die Solidargemeinschaft leisten?

Abwasser Solidar in Zahlen

- 10 von 17 Abwasserkommunen
- 768 km² Fläche
- 87.704 Einwohner
- 21,8 Mio. € Umsatz im Jahr 2019
- 16,3 Mio. € Investitionen im Jahr 2019
- 3,6 Mio. m³ behandeltes Abwasser im Jahr 2019
- 19 Kläranlagen
- 178 Pumpwerke
- 1.104 km Kanalnetz
- 72 Regenrückhalte-/-überlaufbecken

Was kann die Solidargemeinschaft leisten?

- Kommunale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum stärken
- Entwicklung des ländlichen Raumes stärken
- Abwasserreinigung im ländlichen Raum zukunftsfähig gestalten
- Investitionen garantieren
- Kostenrisiken minimieren
- Preisstabilität stärken
- Dynamisches und attraktives Modell etablieren

Das ist das Ziel

- Die Sicherheit einer Gemeinschaft von 88.000 Einwohnern
- Die Leistungsfähigkeit einer Abwassersparte mit mehr als 22 Mio. € Umsatz und mehr als 16 Mio. € Investitionen
- Die Stärken eines Solidarverbandes aus 10 Kommunen im ländlichen Raum

WV Peine
Wasserverband Peine

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!

TOP 9:
KLIMAWANDEL UND KOMMUNALE WASSERWIRTSCHAFT

VKU-Positionierung

34. Sitzung des Leitausschusses Wasser/Abwasser

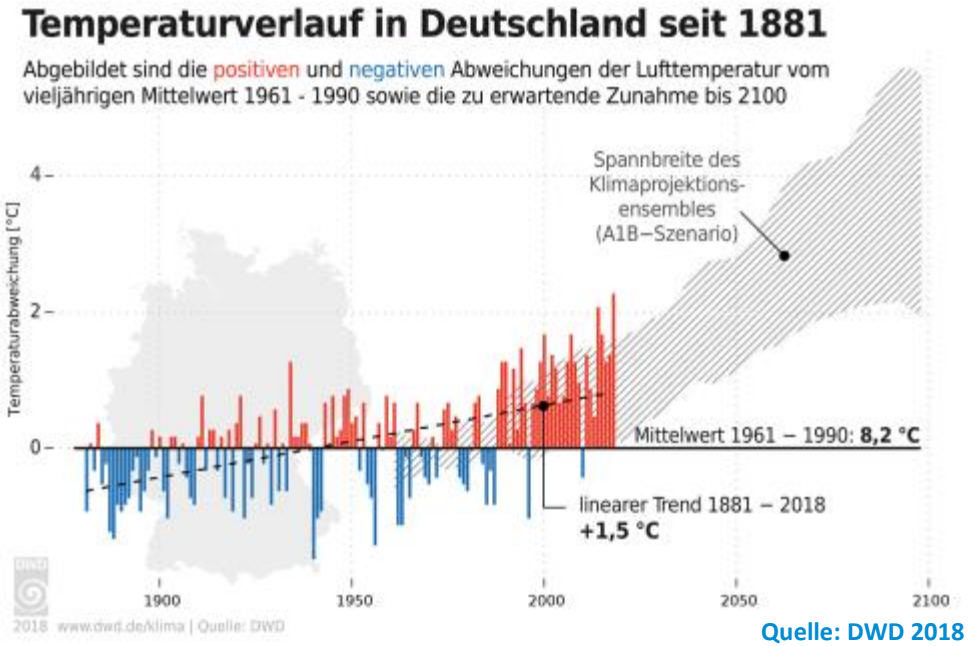
Dirk Seifert

13.06.2019, Leipzig

DIE KOMMUNALEN UNTERNEHMEN

Klimawandel
Ausgangslage und Entwicklungen

- IPCC bestätigt in seinem aktuellen Sonderbericht (IPCC Special Report 2018: Global Warming of 1.5 °C.) den **Trend der globalen Erwärmung**
- Der **Temperaturanstieg von 1,5 °C** gegenüber dem vorindustriellem Niveau wird bei gleichbleibender Geschwindigkeit wahrscheinlich zwischen **2030 und 2052** erreicht.
- Mit einer Erwärmung von bis zu 1,5 °C werden **regionale klimatische Veränderungen** wahrscheinlicher: darunter Zunahmen von Trockenheit und Hitzeextreme sowie der Häufigkeit, Intensität und/oder Menge an Starkniederschlag.



Quelle: DWD 2018

VKU VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

Klimawandel
Handlungsbedarf für eine angepasste Ver- und Entsorgung

- Das **Risiko für Wetterextreme und damit Dürre- und Starkregenereignisse** in Deutschland wird nach Einschätzung der Experten in Zukunft zunehmen.
- Die kommunale Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung kann bisher die Wetterextreme so kompensieren, dass es nicht zu langfristigen Ver- und Entsorgungsausfällen kommt.
- Eine Verstetigung von Klimaextremen wie Hitze, Dürre und Starkregen wirkt sich allerdings dauerhaft auf sämtliche **Handlungsbereiche der kommunalen Wasserwirtschaft** aus.
- Zusammen mit Herausforderungen wie demografischer Wandel und Anforderungen an die Wasserwirtschaft besteht **Handlungsbedarf**.

Quelle: VKU e. V.

VKU VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

Klimawandel
Position Klimaanpassung und kommunale Wasserwirtschaft

- **VKU-Position zeigt Herausforderungen der kommunalen Wasserwirtschaft im Hinblick auf den Klimawandel in <u>vier Handlungsfeldern</u>:**
  - **Infrastruktur**: Unterirdische und oberirdische Kapazitäten müssen integral gedacht und bedarfsgerecht verzahnt werden.
  - **Sicherung der Trinkwasserversorgung:** Im Hinblick auf Nutzungskonkurrenzen müssen die Belange der Trinkwasserversorgung vorrangig sichergestellt werden. Unsere Trinkwasserressourcen müssen vor Verunreinigungen geschützt werden. Wir brauchen mehr und qualifiziertes Personal in den zuständigen Behörden.
  - **Klimarobustheit der Systeme:** Die Erstellung von Starkregenstrategien und Wasserversorgungskonzepten können gute Hilfestellung sein. Versorgungs- und Notverbünde sollten gefördert werden.
  - **„Mehr Grün und Blau im Grau“:** Die „wassersensible Stadtentwicklung“ muss als Ziel in der Stadt- und Freiraumplanung verankert werden. Kommunale Leuchtturm- und Pilotprojekte zur Starkregenvorsorge müsse gefördert werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Dirk Seifert M.A.
Fachgebietsleiter Umweltpolitik

Abteilung Wasser/Abwasser und
Telekommunikation

Verband kommunaler Unternehmen e.V.
Invalidenstraße 91
10115 Berlin
Fon +49 30 58580–163
Fax + 49 30 58580–100

www.vku.de
d.seifert@vku.de

Die Nutzungsrechte an dieser Präsentation liegen beim VKU oder bei weiteren Rechteinhabern. Eine Verwendung von Präsentationsinhalten ohne weitere Absprache ist unzulässig.

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

TOP 10
ABWASSERABGABE

Marcel Fälsch

Leitausschuss Wasser/Abwasser | 13. Juni 2019

DIE KOMMUNALEN UNTERNEHMEN

VKU-Eckpunkte
Reform der Abwasserabgabe

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

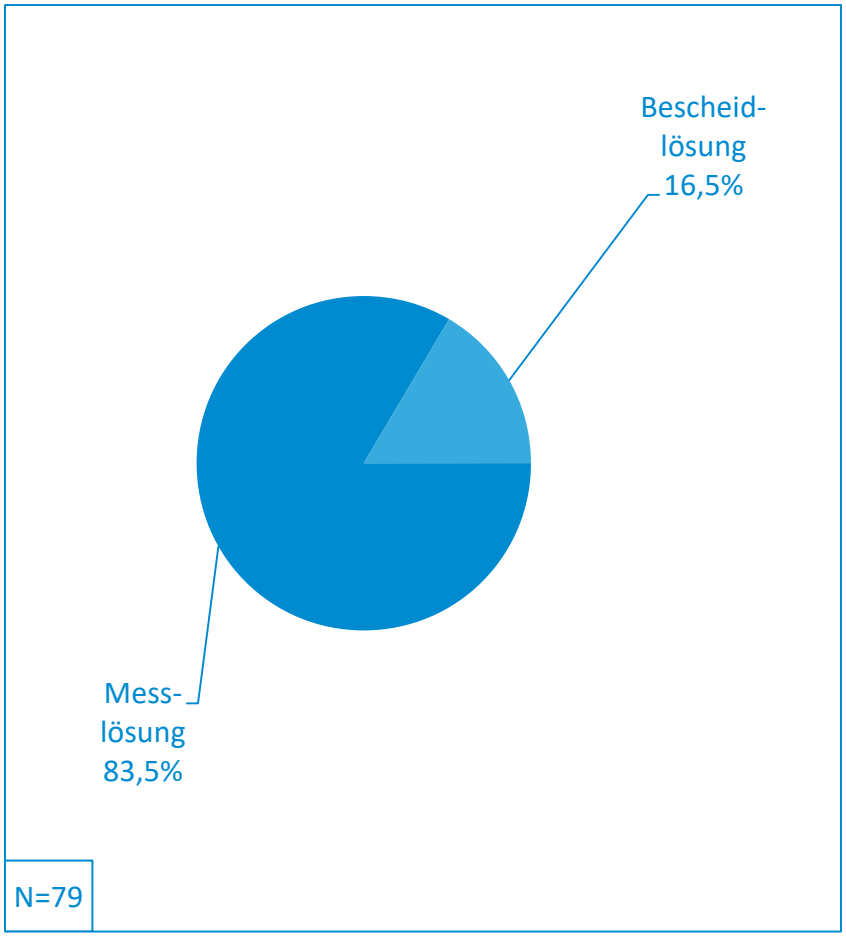
VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

Ausgewählte Ergebnisse
VKU-Mitgliederbefragung

- **Umfrage baut auf aus bereits in der Vergangenheit durchgeführten Befragungen (zuletzt 2013), Fortschreibung**
- **Befragungszeitraum: 09. Mai – 04. Juni 2019**
- **Teilnehmer: 86 Unternehmen mit 624 Kläranlagen (26,6 Prozent)**
- **Ziele:**
  - Status quo in der Veranlagung aktualisieren
  - Prämissen der Mitglieder zur zukünftigen Ausgestaltung der Abwasserabgabe in Schwerpunktfragen
  - Fokus: Ausgestaltung einer optionalen Messlösung, zukünftige Möglichkeiten zur Verrechnung der Abgabenlast

Ausgewählte Ergebnisse
VKU-Mitgliederbefragung
Bescheid oder Messlösung?

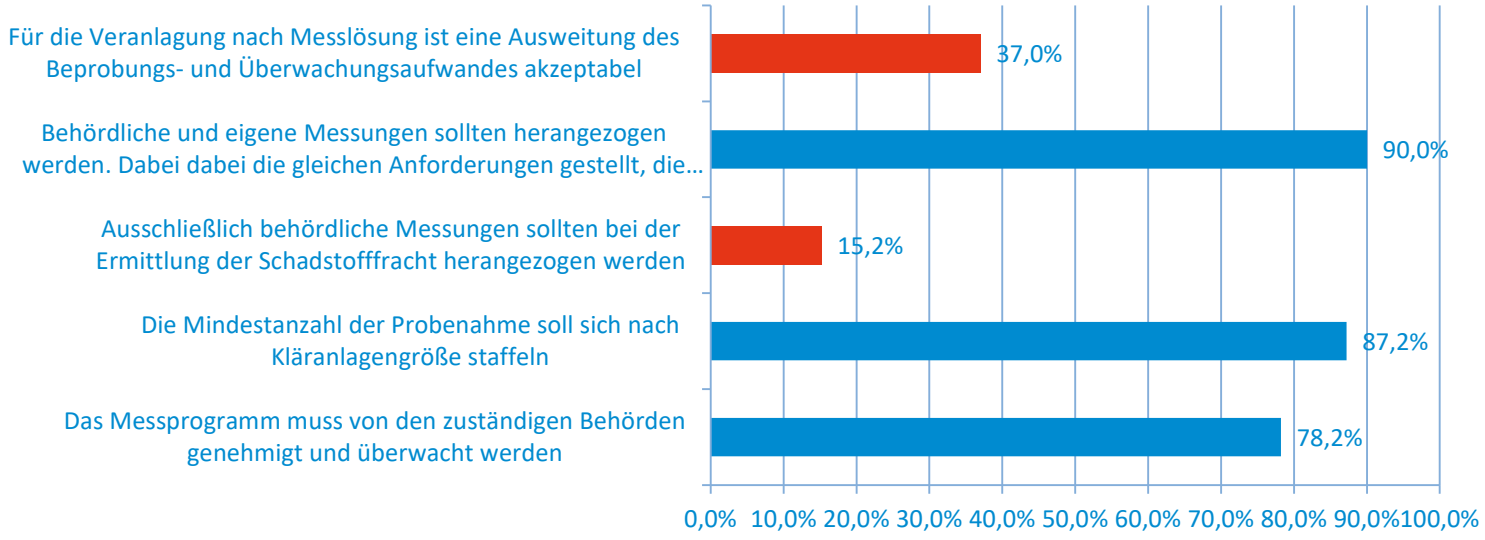
- Einführung einer **<u>optionalen</u> Messlösung** in Diskussion
- Einleiter wählt Veranlagung nach (bisheriger) Bescheidlösung oder nach Messlösung
- Bei Messlösung: Ermittlung der Abgabenhöhe nach tatsächlich eingeleiteter Schadstofffracht (näherungsweise anhand Messverfahren)
- Details zur Ausgestaltung eines geeigneten Messverfahrens stehen noch nicht fest



VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

Ausgewählte Ergebnisse
VKU-Mitgliederbefragung
Ausgestaltung einer optionalen Messlösung

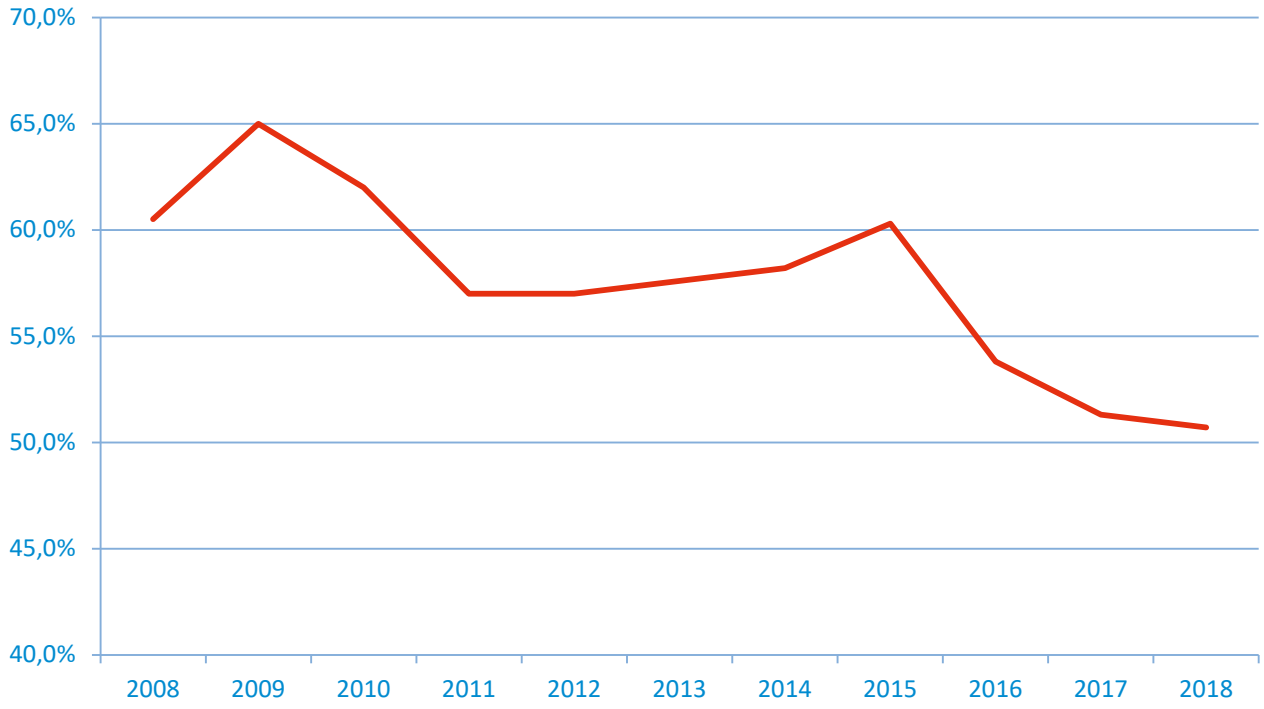
- **Ein Messprogramm könnte eng am Verfahren der Heraberklärung orientiert werden, um für möglichst viele Unternehmen praktikabel zu sein**



VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

Ausgewählte Ergebnisse
VKU-Mitgliederbefragung
Nutzung von Verrechnungen

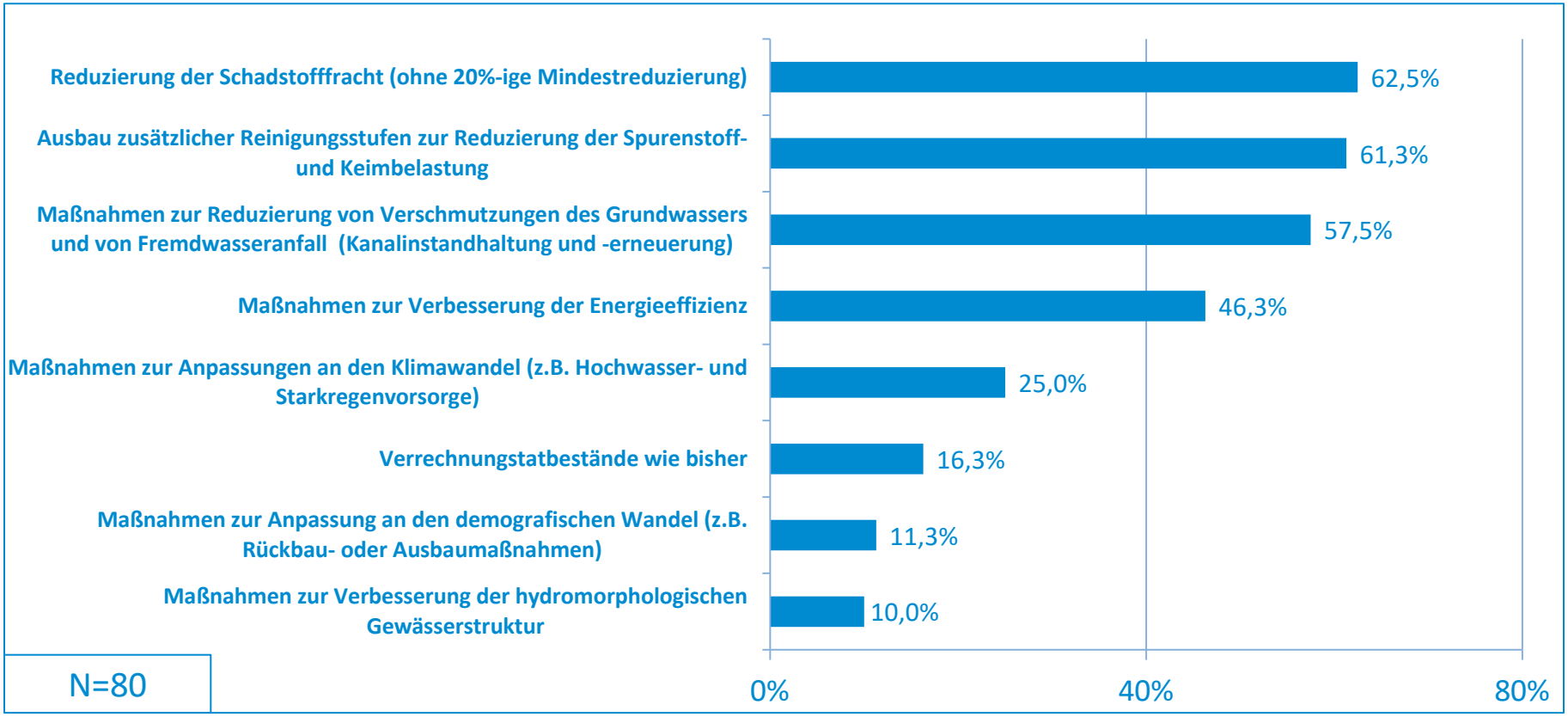
- **Die für die Unternehmen bestehenden Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Verrechnungen gehen zurück – Anpassung der Verrechnungstatbestände erforderlich**



Prozent der Umfrage-teilnehmer, die Verrech-nungen in Anspruch nehmen

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

Ausgewählte Ergebnisse
VKU-Mitgliederbefragung
Präferenzen für zukünftige Verrechnungstatbestände



VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Marcel Fälsch
Fachgebietsleiter
Wirtschafts- und Ordnungspolitik

Verband kommunaler Unternehmen e.V.
Invalidenstraße 91
10115 Berlin
Fon + 49 30 58580–154
Fax + 49 30 58580–105

www.vku.de
faelsch@vku.de

Die Nutzungsrechte an dieser Präsentation liegen beim VKU oder bei weiteren Rechteinhabern. Eine Verwendung von Präsentationsinhalten ohne weitere Absprache ist unzulässig.

VKU
VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.